

RUSSLAND

Schiffe versenken

Im Schwarzen Meer vor der Küste von Abchasien drohen Seegefechte zwischen der russischen und der georgischen Marine. Zum Schutz der von Georgien abgespaltenen Teilrepublik hat Russland jetzt eine Fregatte und zehn Schnellboote in die Hafenstadt Otschamschira entsandt. Abchasiens Präsident Sergej Bagapsch gab zudem der Flotte seines Landes den Befehl, „georgische Schiffe zu vernichten“, wenn sie in „unser Hoheitsgebiet“ eindringen. Die Küstenrepublik mit etwa 200 000 Einwohnern ist bislang nur von Russland, Nicaragua und Venezuela anerkannt worden. Georgien dagegen hat die Sezessionisten mit einer Seeblockade belegt. Immer wieder hat die georgische Küstenwache Handelsschiffe, vor allem aus der Türkei, die den Hafen der abchasischen Hauptstadt Suchumi ansteuerten, aufgebracht – so am 16. August ein Schiff, das Benzin



Russische Küstenwache vor Abchasien

und Diesel geladen hatte. Ein georgisches Gericht verurteilte den türkischen Kapitän daraufhin zu einer Haftstrafe von 24 Jahren. In einem Berufungsverfahren wurde die Strafe nach Protesten der Regierung in Ankara auf fünf Jahre zur Bewährung reduziert. Jetzt kündigt Abchasien und Russland „adäquate Maßnahmen gegen georgische Piraten“ an. Russland hat dem verbündeten Abchasien schätzungsweise mehr als 30 Küstenschutzboote samt Bordkanonen für seine Flotte übergeben. Georgien dagegen betrachtet die Gewässer vor Abchasien als eigenes Hoheitsgebiet und droht damit, jegliches Eindringen zu verhindern. Zur georgischen Seestreitmacht gehört auch das frühere deutsche Minensuchboot „Minden“, jetzt „Ayety“ genannt. Der georgische Präsident Micheil Saakaschwili sieht sein Land in einer „ständigen Konfrontation mit dem imperialistischen Monster Russland“, das er einen „grausamen Feind“ nennt.



YEMEN ARMY / DPA

Jemenitische Soldaten beim Einsatz gegen Huthi-Rebellen

JEMEN

Schiiten beklagen Unterdrückung

Mit einem massiven Einsatz von Militär im Norden bringt Jemens Regierung die Schiiten des gesamten Nahen Ostens gegen sich auf. Mehrere hundert Menschen sind in den letzten Wochen bei den Kämpfen mit schiitischen Huthi-Rebellen ums Leben gekommen, allein 76 bei Schießereien am vergangenen Dienstag. Zehntausende sind auf der Flucht. „Was im Jemen passiert, ist sehr schmerzvoll“, beklagte Hassan Nasrallah, Chef der libanesischen Hisbollah, jetzt in einer Rede. „Ich rufe Präsident Ali Abdullah Salih auf, einen Waffenstillstand anzuordnen.“ Nasrallah

reicht sich damit ein in eine mächtige Riege von Schiitenführern, die sich mit den Rebellen im Nordjemen solidarisieren. Seit Wochen wirft Irans einflussreicher arabischsprachiger Auslandssender al-Alam Jemens Regierung vor, einen Glaubenskrieg zu führen. Jetzt bot sich der irakische Schiitenführer Muktada al-Sadr als Vermittler an, was Präsident Salih empört zurückwies. Er bezichtigte vor allem die schiitische Großmacht Iran – wo Sadr im Exil lebt – der Zusammenarbeit mit den Rebellen. Sollten iranische Kreise noch offene Rechnungen haben – mit den Ameri-



Carlsson, Tsvangirai

SIMBABWE

Raus aus der Regierung?

Während Simbabwe's Präsident Robert Mugabe bei der Uno-Vollversammlung in New York beweisen wollte, dass er die Zügel noch immer in der Hand hält, versinkt sein Land tiefer im Elend. Davon konnte sich jüngst eine EU-Delegation unter der schwedischen Ministerin Gunilla Carlsson persönlich überzeugen. Vor gut einem Jahr war eine Machtteilung zwischen Mugabe und seinem Widersacher Morgan Tsvangirai verabredet worden. Doch

kaum eine der Vereinbarungen wurde umgesetzt. Die versprochene Rückzahlung von Schulden an den Internationalen Währungsfonds ist ausgeblieben, die Medien bleiben der Zensur unterworfen, Mugabes Partei Zanu-PF blockiert eine neue Verfassung. Nach wie vor werden Ländereien der letzten weißen Großbauern von Mugabes Generälen und Parteifunktionären besetzt oder geplündert, zudem haben seine Schergen nun ein Auge auf die privaten Tierreservate geworfen. Sie sind lukrativ, weil mit Safaris und Abschusslizenzen viel leichter Geld zu verdienen ist als mit zeit- und arbeitsintensiver Landwirtschaft. Safari-Anbieter werden gezwungen, Mugabe-Freunde zu beteiligen. Beim Zanu-Koalitionspartner MDC, der mit Tsvangirai immerhin den Premierminister stellt, ist die Frustration über die Blockadepolitik Mugabes groß. Die Spitze der MDC will in den kommenden Wochen in landesweiten Parteiversammlungen ausloten, ob sie das Abkommen mit Mugabe aufkündigen und die Regierung verlassen soll.